

AUGE/UG: FAIRER statt freier Handel!

- **TTIP-Verhandlungen sofort beenden!**
- **Vollständige Offenlegung** der Verhandlungsdokumente und -ziele
- **Kein Handel auf Kosten von Sozial-, Umwelt- und Arbeitsstandards.** Stattdessen Anpassung von Umwelt-, Arbeits-, Verbrauchs- und Sozialnormen auf das jeweils höchste Niveau
- **Keine Verpflichtungen zu Liberalisierungen und Privatisierungen öffentlicher Dienste** in internationalen Abkommen
- **Keine Sonderklagsrechte und kein Investorenrecht** über private Schiedsgerichte
- **Evaluierung von Handelsabkommen** auf soziale, ökologische und menschenrechtliche Auswirkungen
- **Menschenrechte, soziale Grundrechte, ArbeitnehmerInnen- und Frauenrechte sowie Umweltschutz** müssen absoluten Vorrang vor den Interessen privater InvestorInnen und Unternehmen haben



Achtung! Freihandel kann auch Ihren Job gefährden ...

TTIP würde Europa mehr Wachstum und Beschäftigung bringen, behaupten die BefürworterInnen des transatlantischen Handelsabkommens.



Verwiesen wird dabei auf eine Studie der EU-Kommission, die 400.000 neue Arbeitsplätze verspricht. Allerdings über einen Zeitraum von 15 Jahren. Bei derzeit rund 26 Millionen Arbeitslosen in der EU eine Zahl, die geradezu lächerlich wirkt. Außerdem ist eine Prognose über einen derartig langen Zeitraum in

Jobwunder NAFTA?



Als 1994 das NAFTA-Handelsabkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada in Kraft trat, versprachen Studien deutliche Beschäftigungs- und Lohnzuwächse für den gesamten Wirtschaftsraum. Zwanzig Jahre später herrscht Ernüchterung: Alleine in der Maisproduktion verloren 1 Million MexikanerInnen ihre Arbeit. In Kanada wurden 650.000 Beschäftigte arbeitslos. In den USA gingen zwischen 600.000 und 1,2 Millionen Jobs als Folge von NAFTA verloren. Der Beitrag von NAFTA zu Wachstum und Wohlstand war dagegen gering. Die Erwartungen an NAFTA waren viel zu optimistisch. Übrigens: Prognosen hinsichtlich TTIP beruhen auf ähnlichen Modellrechnungen wie bei NAFTA ...

Quelle: Policy note 10/2014, OEFSE

hohem Maße unseriös. Vielmehr droht in Branchen, die in Folge von TTIP einem höheren Wettbewerb ausgesetzt sind, Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen sowie Rationalisierungen. Die Arbeitslosigkeit droht in Folge von TTIP vielmehr zu steigen, wie auch Erfahrungen mit anderen Handelsabkommen bestätigen.

Links zum Thema:

- **TTIP STOPPEN** www.ttip-stoppen.at
Website der österreichischen Kampagne gegen TTIP, TISA und CETA
- **STOP TTIP** www.stop-ttip.org
Website der europäischen BürgerInneninitiative gegen TTIP
- **DAS ALTERNATIVE HANDELSMANDAT** www.alternativetrademandate.org
Website des Bündnisses für ein alternatives Handelsmandat
- **OÖ. Plattform gegen TTIP** www.stopttip.at
Initiativplattform TTIP stoppen für Oberösterreich

IMPRESSUM: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: AUGE/UG – Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen, Belvederegasse 10/1, 1040 Wien
Druck: Donau Forum Druck Verlagsort: 1040 Wien Herstellungsort: 1230 Wien



Warum TTIP Löhne, Arbeitsplätze und soziale Rechte gefährdet.



STOPP TTIP

www.auge.or.at  

UNFAIRhandelbar!

TTIP, TISA und CETA sind Abkürzungen, hinter denen Abkommen zwischen Staaten oder Staatengemeinschaften stehen, die den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen zum Ziel haben. Egal, ob es sich dabei um Industriegüter, landwirtschaftliche Produkte oder Dienstleistungen handelt.

Das TTIP – die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA – ist dabei das prominenteste Abkommen, das derzeit verhandelt wird. Und was wird von den politischen Verantwortlichen nicht versprochen: Mit TTIP würden Wachstum und Arbeitsplätze praktisch von selbst kommen. Der Sozialstaat sei dabei ebenso wenig in Gefahr wie Löhne oder ArbeitnehmerInnenrechte.

Wer das behauptet, sagt allerdings bewusst die Unwahrheit. Mit TTIP droht – wie meist bei Handels- und Investitionsabkommen – einmal mehr ein Frontalangriff auf ArbeitnehmerInnenrechte, Gewerkschaften und Löhne. Wir sagen daher klar und unmissverständlich **NEIN zu TTIP, TISA und Co!** Weil soziale und demokratische Grundrechte nicht verhandelbar sind!

Ihre
Alternativen, Grünen
und Unabhängigen
GewerkschafterInnen
(AUGE/UG)



Warum TTIP für ArbeitnehmerInnen nichts Gutes bedeutet

InvestorInnenschutz: Mit Klagen gegen den sozialen Fortschritt!

Ein Kernstück des TTIP-Abkommens sind Klagsrechte für InvestorInnen. Diese sollen Staaten klagen können, wenn sie Gesetze beschließen, die Unternehmensgewinne schmälern könnten. Über derartige Klagen entscheiden aber nicht öffentliche Gerichte, sondern private, internationale Schiedsgerichte. Im Falle eines Schuldspruchs drohen Staaten Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe. Damit wird u. a. ein Ausbau sozialstaatlicher Leistungen oder Mitbestimmungsrechte massiv erschwert.



Weil höhere Löhne, bessere Sozialleistungen und stärkere ArbeitnehmerInnenrechte natürlich Gewinne schmälern und damit ein Klagsgrund wären. Ein InvestorInnenschutz untergräbt nicht nur rechtsstaatliche Prinzipien, sondern schränkt den Handlungsspielraum demokratischer Staaten empfindlich ein.

InvestorInnenschutz gegen Mindestlöhne?



Der französische Konzern Veolia hat die Stadt Alexandria auf 82 Millionen US-Dollar Schadenersatz verklagt, weil Ägypten den Mindestlohn erhöht hat. Der höhere Mindestlohn reduziere die Gewinnaussichten des Konzerns und entspreche nicht ursprünglichen Vereinbarungen. Den Gewinnentgang will sich Veolia nun von Alexandria über den Klagsweg holen.

Quelle: le monde diplomatique, 13. Juni 2014

Handelshemmnis ArbeitnehmerInnenrechte?



Die USA hat nur zwei von acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unterschrieben – das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit. **Wesentliche Gewerkschaftsrechte** wie das Recht auf Gewerkschaftsgründung oder das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen **haben die USA nicht ratifiziert**. Gewerkschaftsrechte sind in den USA nur schwach ausgeprägt. Europäische Gewerkschaften befürchten daher, dass mit TTIP in der EU – die alle ILO-Normen anerkannt hat – Arbeitsrechte, vor allem aber Kollektivverträge und damit auch Kollektivvertragslöhne unter Druck geraten, weil sie als „Handelshemmnis“ und „Wettbewerbsnachteil“ dargestellt werden könnten.

Quelle: PRO GE, IG Metall

TTIP-Verhandlungen: Geheimnistuerei und Lobbyismus!

Um den Handel zwischen den USA und der EU zu fördern, sollen Regeln und Vorschriften harmonisiert werden. Harmonisieren ist dabei allerdings gleichbedeutend mit „nach unten anpassen“. Während zum Beispiel Gewerkschaften und Umweltverbände hinsichtlich Inhalt und Stand der Verhandlungen außen vor gelassen werden, sind Wirtschaftsverbände bestens eingebunden: 600 Lob-

byistInnen haben als „BeraterInnen“ exklusiven Zugang zu den Verhandlungen, schon im Vorfeld führte die EU-Kommission zahlreiche „ExpertInnenhearings“ durch. Informationen für die Öffentlichkeit gibt es dagegen nur tröpfchenweise und müssen geradezu erstritten werden. Von einer Einbindung der Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in die Verhandlungen kann überhaupt keine Rede sein.



Was ist der „Regulierungsrat“?



Die EU-Kommission will mit TTIP einen „Regulierungsrat“ einrichten. Dieser soll aus VertreterInnen der EU-Kommission und des US-Kongresses bestehen. Eine Zusammensetzung, die als **besonders „Lobbyismus-anfällig“** gilt. Will nun zum Beispiel ein EU-Staat neue Gesetze oder Regeln erlassen, soll bereits im Vorfeld der Regulierungsrat darüber beraten. Jede Partei hat ein Veto-Recht, kann also Einspruch gegen geplante Neuregelungen – wie schärfere Umweltgesetze etc. – einlegen, wenn sie ihre oder die Interessen „ihrer“ Unternehmen verletzt sieht. Demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen drohen so bei Gesetzesvorhaben ausgebremst zu werden.

Quellen: DGB, ATTAC